



Erschließungsvertrag

Die Gemeinde Kirchheim b. München
(Lkr. München)
vertreten durch den Ersten Bürgermeister
Herr Maximilian Böttl
(nachstehend Gemeinde genannt)

und die Bayerngrund Grundstücksbeschaffungs-
und -erschließungs-GmbH
Giesinger Bahnhofplatz 2, 81539 München
(nachstehend Erschließungsträger genannt)

schließen folgenden

ERSCHLIESSUNGSVERTRAG

Präambel

Auf der Basis des **Angebotes vom 19.04.2018** und der anschließenden Abstimmungen zwischen der Gemeinde und dem Erschließungsträger schließen die Vertragsparteien folgende Vereinbarungen:

Der Bebauungsplan der Gemeinde sieht öffentliche Erschließungsanlage auch in Form von **Eigentümerwegen** vor. Dieser Erschließungsvertrag umfasst auch die Herstellung der Eigentümerwege. Diese werden gemeinsam mit den öffentlichen Erschließungsanlagen, die im Eigentum der Gemeinde stehen, nach dem gleichen Verteilungsmaßstab von den Grundstückseigentümern getragen. Die Gemeinde ist hinsichtlich der Ausbaustandards (auch der Eigentümerwege) und der Schlussabnahme (auch der Eigentümerwege) alleinige Ansprechpartnerin des Erschließungsträgers. Im Rahmen der gesonderten Kostenerstattungsverträge werden die Grundstückseigentümer die Gemeinde hierzu bevollmächtigen. Nachstehend wird daher im Vertragstext – soweit nicht explizit gesondert erwähnt - nicht zwischen den öffentlichen Erschließungsanlagen im öffentlichen Eigentum und denen im privaten Eigentum unterscheiden.

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1. Die Gemeinde überträgt dem Erschließungsträger gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Erschließung der Grundstücke im Bereich des **Bebauungsplans Nr. 90-3/k „Hausen Südost“ (Quartiere A + B)**. Die Erschließungsstraße am nördlichen Rand des Quartiers A ist nicht Vertragsgegenstand. Das Vertragsgebiet ist in dem als Anlage beigefügten Plan gekennzeichnet.
2. Der Erschließungsträger verpflichtet sich gegenüber der Gemeinde zur Herstellung der Erschließungsanlagen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung gemäß § 2 dieses Vertrages.

3. Die Gemeinde verpflichtet sich, die Anlagen bei Vorliegen der in § 8 dieses Vertrages genannten Voraussetzungen in ihre Unterhaltung und Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen.
4. Für den Fall, dass es erforderlich wird, einigen sich die Vertragsparteien bereits jetzt darauf, eine modifizierende Kostenabrede zu schließen.

§ 2 Art, Umfang und Ausführung der Erschließungsanlagen

1. Der Erschließungsträger übernimmt – sofern im Folgenden nichts anderes geregelt ist – auf seine Kosten die endgültige Planung und Herstellung

1.1 der Erschließungsanlagen, nämlich

- a) die Herstellung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze einschließlich Fahrbahnen, Parkflächen, Geh-/Fuß- und Radwege, Straßenentwässerung, Beleuchtung und Begleitgrün,
- b) der Eigentümerwege (die nach Fertigstellung und Abnahme von der Gemeinde öffentlich gewidmet werden)
- c) der öffentlichen, aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Verkehrsanlagen (z.B. Wohnwege),
- d) der Sammelstraßen innerhalb des Baugebietes; Sammelstraßen sind öffentliche Straßen, Wege und Plätze, die selbst nicht zum Anbau bestimmt, aber zur Erschließung des Baugebietes notwendig sind,
- e) selbständige öffentliche Parkflächen,
- f) selbständige öffentliche Grünflächen,
- g) Immissionsschutzanlagen,

1.2 der Kinderspielplätze,

1.3 eines Leerrohrnetzes,

1.4 von Löschwasserhydranten,

einschließlich der Freilegung der Flächen für die Erschließungsanlagen.

2. Die Kosten für den Grunderwerb der öffentlichen Flächen sowie die Grunderwerbskosten für den ökologischen Ausgleich werden vom Erschließungsträger nicht übernommen.

- 3 Der Erschließungsträger erstattet der Gemeinde die von ihr bereits verauslagten und noch zu verauslagenden Kosten für die Erschließungsmaßnahmen (Ingenieurkosten, Vermessung, Gutachter etc.).
- 4 Der Erschließungsträger übernimmt weiter auf seine Kosten die endgültige Vermessung des Baugebietes, evtl. Mehrkosten der unterirdischen Verlegung von Telekommunikations-einrichtungen gegenüber der oberirdischen Verlegung.
- 5 Der Erschließungsträger koordiniert die Arbeiten zur Herstellung der Wasserver-, Abwasserentsorgungs-, Fernwärme-, Elektrizitätsversorgungs- und Telekommunikationsanlagen mit den entsprechenden Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Eine Gasversorgung ist nicht vorgesehen.
- 6 Art, Umfang und Ausführung der Erschließungsanlagen richten sich nach dem unter § 1 genannten Bebauungsplan in der rechtsverbindlichen Fassung. Sollten sich gegenüber dem im Entwurf bekannt gemachten (§ 10 Abs. 3 Satz 1 BauGB) Bebauungsplan Änderungen ergeben, so sind die endgültigen Festsetzungen für die Herstellungspflicht des Erschließungsträgers maßgebend. Die Erschließungsanlagen sind in Qualität und Ausstattung so auszuführen, wie es den heutigen Anforderungen entspricht. Sie müssen den anerkannten Regeln der Technik für die Herstellung solcher Anlagen entsprechen. Ausbauprodukt und Materialien bestimmt die Gemeinde. Der Ausbaustandard orientiert sich an der mit der Gemeinde abgestimmten Kostenschätzung (s. Anlage). Mehrkosten für von der Gemeinde veranlasste Abweichungen trägt die Gemeinde, soweit sie nicht auf die Grundstückseigentümer umgelegt werden können. Sämtliche Planungen sind mit der Gemeinde abzustimmen und von dieser schriftlich zu genehmigen.

Die Gemeinde verpflichtet sich, dem Erschließungsträger den rechtsverbindlichen Bebauungsplan sowie evtl. Änderungen unverzüglich zu übergeben.

- 7 Planung und Bauleitung für die Erschließungsanlagen sind einem Ingenieurbüro zu übertragen, das im Benehmen mit der Gemeinde zu bestimmen ist. Sämtliche Kosten des Ingenieurbüros hat der Erschließungsträger zu übernehmen.

§ 3 Baudurchführung

1. Mit der Realisierung der Erschließungsanlagen wird nach Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan gemäß § 1 und nach Vorlage aller Kostenerstattungsverträge (s. § 4) inklusive der in diesen Verträgen geregelten Sicherheiten begonnen.

Der Erschließungsträger erteilt in Abstimmung mit der Gemeinde -soweit erforderlich- einzelne *die Erschließung vorbereitende Aufträge* (z.B. Bodenuntersuchung, Baufeldfreimachung, archäologische Untersuchungen, Kampfmittelbeseitigungen, ingenieurtechnische Leistungen LPH 1-5) bereits vor Vorlage der Kostenerstattungsverträge und Sicherheiten. Der Erschließungsträger erhält hierfür pro Auftrag eine aufwandsorientierte Vergütung (mind. 1.000 € zzgl. MwSt.). Sofern Kosten vor Bereitstellung der Projektfinanzierung anfallen, kann Bayerngrund diese direkt vorfinanzieren. Dabei wird ein Verzinsungssatz von 5 % p.a. in Ansatz gebracht.

Die Gemeinde verpflichtet sich, die hierfür entstehenden Kosten inklusive Finanzierungskosten, Vergütung des Erschließungsträgers pro Auftragserteilung vor Vorlage der Kostenerstattungsverträge und Sicherheiten und anteiligem Honorar für den Erschließungsträger (s. § 5) für den Fall, dass eine Abrechnung mit den Grundstückseigentümern gemäß § 4 nicht möglich ist, zu übernehmen.

Baubeginn, Baufortschritt und endgültige Fertigstellung der Erschließungsanlagen sind terminlich mit der Gemeinde abzustimmen.

2. Der Erschließungsträger strebt eine Fertigstellung der in § 2 aufgeführten Erschließungsanlagen in einem Zug innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten ab Vorlage aller Kostenerstattungsverträge und Sicherheiten bei BayernGrund an. Die Frist gilt nicht, sofern Umstände eintreten, die der Erschließungsträger nicht zu vertreten hat.

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass von dieser Vereinbarung die Herstellung der Feinschicht im Straßenbau sowie die Herstellung der Grünanlagen bzw. des Straßenbegleitgrüns ausgenommen werden können. Beide Gewerke können auf Wunsch der Gemeinde zu einem späteren Zeitpunkt endgültig hergestellt werden. Der Erschließungsträger erhält für diese Verlängerung des Bearbeitungszeitraums pro Jahr eine Pauschale von 2.000 € zuzüglich Mehrwertsteuer. Die Gemeinde wird in diesem Fall die bereits hergestellten Teile abnehmen und übernimmt das Risiko von evtl. Beschädigungen und Gewährleistungseinschränkungen.

3. Erforderliche bau-, wasserrechtliche oder sonstige Genehmigungen sowie erforderliche Zustimmungen Dritter hat der Erschließungsträger im Einvernehmen mit der Gemeinde einzuholen und der Gemeinde vorzulegen.
4. Hochbaumaßnahmen dürfen erst durchgeführt werden, sobald die Erschließung gesichert ist. Die Erschließung ist erst nach Fertigstellung der Erschließungsanlagen bis einschließlich der letzten Tragschicht und Abnahme durch die Gemeinde gesichert. Damit ist ein vorzeitiger Beginn von Hochbaumaßnahmen ausgeschlossen.
5. Die Gemeinde trifft dafür Sorge, dass der Erschließungsträger die Erschließungsmaßnahmen auf den Grundstücken der Eigentümer ungehindert durchführen kann, sofern diese Flächen nicht ohnehin im Eigentum der Gemeinde stehen.
6. Der Erschließungsträger wird durch Abstimmung mit Versorgungsträgern und sonstigen Leitungsträgern darauf hinwirken, dass die Versorgungseinrichtungen für das Erschließungsgebiet (z.B. Fernmeldekabel, Wasser-, Abwasser-, Strom- und Fernwärmeleitungen) so rechtzeitig in die Verkehrsflächen verlegt werden, dass die zügige Fertigstellung der Erschließungsanlagen nicht behindert und ein Aufbruch fertiggestellter Anlagen möglichst vermieden wird. Sofern ein Versorgungs- oder Leitungsträger nicht bereit ist, seine Leitungen im Rahmen des Bauzeitenplans zu verlegen, so kann der Erschließungsträger im Hinblick auf die geforderte Termintreue gegenüber der Gemeinde darauf verzichten.

7. Die Gemeinde, andere Ver- und Entsorgungsträger sowie sonstige Behörden sind berechtigt, die ordnungsgemäße Durchführung der Baumaßnahmen zu überwachen und die Baustelle jederzeit zu betreten. Der Erschließungsträger hat der Gemeinde auf Verlangen die erforderlichen Unterlagen, insbesondere die Werkpläne, vorzulegen. Die Verantwortung des Erschließungsträgers für die ordnungsgemäße Herstellung der Anlagen wird hierdurch nicht berührt.

§ 4 Kosten und Abrechnung

1. Der Erschließungsträger trägt die Kosten gemäß § 2 dieses Vertrages für die Erschließung der Grundstücke innerhalb des Vertragsgebiets gemäß § 1 in voller Höhe, also insbesondere auch den gemeindlichen Eigenanteil. § 129 Abs. 1 Satz 3 BauGB findet keine Anwendung.
2. Der Gesamtbetrag der Kosten gemäß Ziffer 1 wird in einem fortgeschrittenen Planungsstadium ermittelt. Dies erfolgt in Abstimmung zwischen dem Erschließungsträger und der Gemeinde auf der Grundlage einer vom zu beauftragenden Ingenieurbüro erstellten Kostenschätzung bzw. -berechnung. Die mit der Gemeinde abgestimmte Kostenschätzung wird Vertragsbestandteil (s. auch § 2 Ziff. 7).
3. Der Erschließungsträger finanziert die Maßnahme aus Eigenmitteln zu folgenden Konditionen:

Zinssatz:	5,8 % p.a.
Zinsbindung:	bis zum 31.12.2020
Zinsberechnung:	vierteljährlich nachträglich

4. Die Abrechnung der Erschließungskosten und sonstiger Kosten und Aufwendungen einschließlich Finanzierungskosten und Honorar für den Erschließungsträger erfolgt privatrechtlich durch Kostenerstattungsverträge mit den Grundstückseigentümern.

Der Erschließungsträger wird auf der Grundlage der Kostenschätzung (Ziff. 2) im Rahmen der Kostenerstattungsverträge von den privaten Grundstückseigentümern – unter Anrechnung der bereits gegenüber der Gemeinde erbrachten Sicherheiten – die noch erforderlichen Sicherheiten anfordern. Diese Sicherheiten sind – wie die bereits geleisteten Sicherheiten – bei der Gemeinde einzureichen und von dieser treuhänderisch zu verwalten. Die Gemeinde sagt zu, die bereits erhaltenen Sicherheiten der privaten Eigentümer sowie die weiteren Sicherheiten nach Fertigstellung und Abnahme durch die Gemeinde (§ 7) auf erste Anforderung an BayernGrund zu überweisen und die Ansprüche aus Bürgschaften an den Erschließungsträger abzutreten. Sofern von den Grundstückseigentümern die erforderlichen Sicherheiten nicht beigebracht werden (bei Kostensteigerungen Erhöhung der Sicherheiten) ist der Erschließungsträger berechtigt, die Realisierung einzustellen. Die Vertragsparteien sind sich einig, dass der Erschließungsträger keine Kosten zu tragen hat, die nicht im Rahmen von Kostenerstattungsverträgen abgerechnet werden können.

5. Um die in den zwischen der Gemeinde und den Grundstückseigentümern in separaten Städtebaulichen Verträgen unterschiedlich geregelten Kostenverteilungen technisch umsetzen zu können, wird der Erschließungsträger das Projekt intern in drei Einzelprojekte aufteilen:
 - Quartier A: straßenmäßige Erschließung
 - Quartier A: öffentliche Grünanlage, Lärmschutzanlage, Kinderspielplatz, Fuß- und Radweg an der Münchner Straße
 - Quartier B

§ 5 Honorar

1. Das Honorar für die Leistungen des Erschließungsträgers in Höhe von 51.300 € zuzüglich Mehrwertsteuer ist Bestandteil der Gesamtkosten und wird von den Grundstückseigentümern bezahlt. Das Honorar wird wie folgt dem Projektkonto belastet:
 - a. 25 % nach Unterzeichnung dieses Vertrages durch beide Vertragsparteien
 - b. 35 % bei Beginn der Erschließung
 - c. 35 % bei Fertigstellung des Straßenunterbaues
 - d. 5 % bei Abrechnung der Erschließungskosten mit den Grundstückseigentümern.
2. Die Abrechnung zusätzlicher Leistungen (z.B. bei der Einbindung privater Grundstückseigentümer über die erstmalige Vorstellung und Erarbeitung der Kostenerstattungsverträge hinaus) erfolgt auf Basis eines Stundensatzes von 97,50 € zzgl. gesetzlicher MwSt (Fahrzeiten sind Arbeitszeiten). Dieses Honorar wird monatlich dem Projektkonto belastet und als Bestandteil der Erschließungskosten anteilig auf die jeweilige Nettobaulandfläche umgelegt.
3. Für den Fall, dass auf Wunsch der Gemeinde die modifizierende Kostenabrede (§ 1) zum Tragen kommt, erhält der Erschließungsträger für den zusätzlichen Aufwand ein gesondertes Honorar von 3.000 € zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer. Dieses Honorar wird im Rahmen der Schlussabrechnung von der Gemeinde gesondert getragen.
4. Sofern die Erschließungsmaßnahme nach Vertragsabschluss wesentliche Veränderungen erfährt (z.B. Änderung des Bebauungsplans, Herstellung weiterer Erschließungsanlagen, Einbeziehung weiterer Eigentümer, Mehraufwand bei Hinzuziehung von anwaltschaftlicher Beratung, Verlängerung der Vorbereitungs- und Realisierungszeiträume), hat der Erschließungsträger Anspruch auf eine angemessene Erhöhung seines Honorars gemäß Ziff. 1.

§ 6 Gefahrtragung, Verkehrssicherung und Haftung

1. Die Verantwortung für alle Erschließungsarbeiten liegt beim Erschließungsträger.
2. Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder einer zufälligen Verschlechterung der in Herstellung befindlichen Erschließungsanlagen trägt der Erschließungsträger. Mit der Abnahme der Erschließungsanlagen geht die Gefahr auf die Gemeinde über.
3. Der Erschließungsträger trägt die Haftung für Schäden, die sich im Zusammenhang mit der Durchführung der in diesem Vertrag erfassten Erschließungsarbeiten ergeben; dies gilt auch dann, wenn der Erschließungsträger intern die Haftung auf einen Dritten übertragen hat. Vor Beginn der Baumaßnahmen ist das Bestehen einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen.
4. Vom Tag des Beginns der Erschließungsarbeiten an bis zum Zeitpunkt der ersten Baumaßnahmen durch Dritte übernimmt der Erschließungsträger im gesamten Erschließungsbereich die Verkehrssicherungspflicht. Ab diesem Zeitpunkt gehen die Verkehrssicherungspflicht und die Gefahrtragung auf die Gemeinde über.

§ 7 Schlussabnahme

1. Nach Abschluss aller Arbeiten gemäß diesem Vertrag findet die Schlussabnahme in Form von Begehungen und Prüfungen statt. Die Erschließungsleistungen (Bauleistungen und Leistungen des Erschließungsträgers) sind von der Gemeinde und dem Erschließungsträger gemeinsam abzunehmen. Die Eigentümer werden die Gemeinde hierzu in gesonderten Kostenerstattungsverträgen unwiderruflich bevollmächtigen.
2. Bereits vor der Schlussabnahme können bei Einvernehmen der Parteien wirtschaftlich abgrenzbare und sinnvolle Einheiten, teilabgenommen und an die Gemeinde übertragen werden. Die Vorgehensweise und Wirkung der Teilabnahmen ist die gleiche wie bei der Schlussabnahme.
3. Bevor der Erschließungsträger die Teil- bzw. Schlussabnahme bei der Gemeinde beantragt, wird er sämtliche Erschließungsanlagen einschließlich der Entwässerungseinrichtungen reinigen.
4. Das Ergebnis der Teil- bzw. Schlussabnahme, Begehungen und Prüfungen wird in einer Niederschrift festgehalten. Mit der Annahme der Niederschrift ist die Schlussabnahme vollzogen. Die Niederschrift ist vom Erschließungsträger und der Gemeinde zu unterzeichnen.

5. Bei der Teil- bzw. Schlussabnahme festgestellte Mängel oder Schäden hat der Erschließungsträger unverzüglich beheben zu lassen. Hierbei sind auch die mit den Mängeln in unmittelbarem Zusammenhang stehenden oder bei der Mängelbeseitigung auftretenden Schäden einbezogen. Kommt der Erschließungsträger mit dieser Verpflichtung in Verzug, kann die Gemeinde die erforderlichen Arbeiten auf Kosten des Erschließungsträgers unabhängig von eventuellen Gewährleistungsansprüchen des Erschließungsträgers gegen die ausführenden Unternehmen durchführen lassen.
6. Die Teil- bzw. Schlussabnahme hat folgende Rechtswirkungen zwischen den Vertragsteilen dieses Vertrages:
 - Baulast, Unterhaltung und Verkehrssicherungspflicht gehen auf die Gemeinde über;
 - der Besitz und die Nutzung der Anlagen gehen auf die Gemeinde über.

§ 8 Gewährleistung

Der Erschließungsträger übernimmt die Gewähr, dass die Erschließungsanlage zur Zeit der Abnahme durch die Gemeinde die vertraglich vereinbarten Eigenschaften hat, den anerkannten Regeln der Technik entspricht und nicht mit Mängeln behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem nach dem Vertrag vorausgesetzten Zweck aufheben oder mindern.

Die Gemeinde wird – auch im Namen der Grundstückseigentümer - auf Gewährleistungsansprüche gegen den Erschließungsträger verzichten, sobald folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Zwischen dem Erschließungsträger und den beauftragten Baufirmen sind Vereinbarungen getroffen, wonach die Gewährleistungsfrist 4 Jahre (Ingenieurbauwerke) bzw. 2 Jahre (Grünanlagen) ab Abnahme beträgt,
- b) der Erschließungsträger tritt eigene Mängelrechte gegen die Baufirmen und die beauftragten Ingenieurbüros einschließlich der von den Baufirmen gestellten Sicherheitsleistungen an die Gemeinde ab,
- c) die Mängelrechte des Erschließungsträgers gegen die von ihm beauftragten Baufirmen sind durch Sicherheitsleistungen (selbstschuldnerische Gewährleistungsbürgschaften eines im Inland oder EU-Ausland zum Geschäftsbetrieb befugten Kreditinstituts oder eine im Inland oder EU-Ausland ansässigen Versicherungsgesellschaft in Höhe von 3 % der Auftragssumme) gesichert,
- d) diese Bürgschaften werden der Gemeinde übergeben und
- e) der Erschließungsträger hat den Nachweis erbracht, dass seitens der Baufirmen und des Ingenieurbüros keine Vergütungs- bzw. Honorarforderungen mehr bestehen.

Der Erschließungsträger wird die Gemeinde in einem etwaigen Rechtsstreit mit den beauftragten Baufirmen durch Bereitstellung aller ihm vorliegenden streitrelevanten Unterlagen und Informationen unterstützen.

§ 9 Sicherheitsleistung

Auf Sicherheitsleistung des Erschließungsträgers wird verzichtet.

§ 10 Widmung

Die Gemeinde wird die Erschließungsanlagen – sofern erforderlich - nach der Abnahme unverzüglich widmen. Der Erschließungsträger erteilt bereits jetzt – gemäß Vollmacht der Grundstückseigentümer - unwiderruflich die etwa zur Widmung erforderliche Zustimmung.

§ 11 Beendigung des Vertrags

Der Vertrag endet mit dem Abschluss aller Leistungen und Übernahme durch die Gemeinde.

Der Vertrag endet überdies, wenn feststeht, dass nicht alle Kostenerstattungsverträge geschlossen werden können oder die erforderlichen Sicherheiten der Grundstückseigentümer nicht eingebracht werden bzw. keine modifizierende Kostenabrede gemäß § 1 geschlossen wird, so dass die Projektumsetzung in der geplanten Form nicht mehr möglich ist. Dieser Sachverhalt wird von den Vertragspartnern einvernehmlich festgestellt. Gleiches gilt für die Nichterteilung einer für die Vertragsdurchführung erforderlichen Genehmigung. Der Vertrag wird dann abgewickelt. Die von BayernGrund in Abstimmung mit der Gemeinde bereits begonnenen Leistungen (§ 3 Ziff. 1) werden fertiggestellt und gemäß § 3 Ziff. 1 abgerechnet. BayernGrund erhält von der Gemeinde für die angefallenen Aufwendungen ein Honorar von mindestens 25 % des vereinbarten Honorars gemäß § 5.

Der Erschließungsträger ist berechtigt von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn nicht bis zum 31.12.2019 alle Kostenerstattungsverträge unterzeichnet werden oder die in diesen Verträgen geregelten Sicherheiten nicht vorgelegt werden.

§ 12 Salvatorische Klausel

Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages nicht. An die Stelle der unwirksamen Bestimmungen sollen solche treten, die dem Sinn und Zweck des Vertrages rechtlich und wirtschaftlich entsprechen oder möglichst nahe kommen.

§ 13 Sonstige Vereinbarungen

1. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden bestehen nicht.
2. Dieser Vertrag ist zweifach ausgefertigt. Die Gemeinde sowie der Erschließungsträger erhalten jeweils eine Ausfertigung.
3. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist der Sitz des Erschließungsträgers.

Kirchheim, 28.05.2019

München, 16.5.2019

Maximilian Böltl
Erster Bürgermeister



Bayerngrund GmbH

